



**KPV** KOMMUNALPOLITISCHE  
VEREINIGUNG DER CDU UND CSU  
DEUTSCHLANDS

# Stadt. Land. Nachhaltig.

## Beschluss

**Kongress-*kommunal* und Bundesvertreterversammlung**

13./14. November 2015 in Saarbrücken

## **Lebensqualität in Stadt und Land nachhaltig sichern**

Menschen haben in Deutschland hervorragende Möglichkeiten, ein Leben in Freiheit und Wohlstand zu führen. Unser Modell der Leistungsgesellschaft, verbunden mit sozialem Ausgleich und öffentlicher Fürsorge, einer offenen und freiheitlichen Gesellschaft, ist erfolgreich und zieht Menschen aus Europa und aller Welt an.

Wir wollen diese hohe Lebensqualität bewahren und auch zukünftigen Generationen ermöglichen. Wir wollen einen schonenden Umgang mit unseren Ressourcen und der Gesundheit der Menschen, einen effizienten Einsatz der Güter und der Rohstoffe, den Erhalt der Natur und der Umwelt.

Wir schreiben den Menschen nicht vor, wie sie zu leben haben. Wir eröffnen Chancen und schaffen die bestmöglichen Bedingungen vor Ort. Menschen sollen sich in unseren Gemeinden, Städten und Landkreisen wohl fühlen.

Die Herausforderungen der weltweiten Klimaveränderungen, des demografischen und gesellschaftlichen Wandels nehmen wir an und wollen diese zum Wohle der Menschen gestalten. Wir wollen unser Gemeinwesen nachhaltig weiterentwickeln und unsere Natur und Umwelt schützen.

## **Bewahren durch Veränderung**

Die bisherige Strukturen müssen wir überprüfen und gemeinsam erfolgreich generationen- und umweltgerecht weiterentwickeln. Unsere hohe Lebensqualität werden wir nur bewahren können, wenn Menschen sich mit ihrer Kreativität, mit neuen Ideen entfalten können. Gute Politik muss mehr denn je bisherige Regelungen und Rahmenbedingungen in Frage stellen. Wir wollen, dass Gesetze und Verordnungen nur für eine begrenzte Zeit gelten und hinsichtlich ihrer Wirkung überprüft werden.

## **Nachhaltigkeit besser erkennen**

Menschen müssen erkennen können, ob bzw. wie persönliche Entscheidungen Kriterien der Nachhaltigkeit berücksichtigen. Es muss offengelegt werden, nach welchen Kriterien nachhaltig gehandelt werden soll und wie die unterschiedlichen Bereiche und Interessen zum Ausgleich gebracht werden können. Dabei helfen Ökobilanzen, Zertifizierungen, anerkannte Siegel und transparente Informationen.

Wir setzen uns deshalb dafür ein, verstärkt Entscheidungen der öffentlichen Hand Nachhaltigkeitsprüfungen zu unterziehen. Transparent muss dargelegt werden, in welcher Art und Weise Maßnahmen umwelt- und ressourcenschonend und generationengerecht sind.

## **Arbeiten, Wohnen, Versorgen und Erholen besser verzahnen**

Die Menschen sind daran interessiert, dass im Lebensumfeld möglichst viel nah beieinander liegt: Arbeitsplatz, Wohnung, Kita, Schule, Läden, Ärzte, Krankenhaus, Kultur- und Erholungseinrichtungen, Verkehrswege, Verwaltung, Natur. Die Entfernungen sollten möglichst kurz und mit privaten bzw. öffentlichen Verkehrsmitteln gut und schnell überbrückbar sein. Das Idealbild einer geringen räumlichen Distanz zwischen Wohnen, Arbeit, Versorgung, Dienstleistungen, Freizeit- und Bildungsorten ist in unserer arbeitsteiligen und gewachsenen Gesellschaft nur bedingt zu verwirklichen. Dennoch geht es darum, möglichst Verkehre zu vermeiden und persönliche Zeit zu gewinnen. Deshalb müssen nachhaltige Raumordnungs- und Stadtentwicklungskonzepte besser umgesetzt, Planungsprozesse vereinfacht und beschleunigt werden.

## **Nachhaltig Wohnen**

Die Nachfrage an Wohnungen in Ballungsräumen und begehrten Lagen hat in den vergangenen Jahren spürbar zugenommen. Gerade für wachsende Städte ergeben sich neue Chancen Stadtteile und Quartiere multifunktional zu entwickeln.

Gleichzeitig stehen Wohnungen und Häuser in den schrumpfenden Regionen leer. Vielfach sind es eher die kleinen und mittleren Städte, in denen es um den Umbau des Wohnungsbestandes und eine angepasste Infrastruktur geht.

Die eingeführte Mietpreisbremse soll kurzfristig und zeitlich begrenzt den Anstieg der Mieten in Gebieten mit angespannten Wohnungsmärkten mildern. Langfristig muss aber das Angebot an Wohnraum in diesen Gebieten erhöht werden. Neubau an bestehenden ÖPNV-Trassen, eine aktive Baulückenerschließung, aber auch die Entwicklung von bisher benachteiligten Quartieren können Beispiele sein.

Moderne generationsübergreifende Wohnprojekte, neue Wohnungsbaugenossenschaften und Baugruppenmodelle sorgen für bezahlbaren Wohnraum und schaffen eigengenutztes Wohneigentum. Wir fordern, Liegenschaften in öffentlicher Hand gezielt zu entwickeln, gemeinsam mit Wohnungsbaugesellschaften und Investoren beispielsweise im Zuge städtebaulicher Verträge bezahlbaren Wohnraum zu erhalten bzw. zu schaffen. Mit Hilfe der staatlichen Förderbanken (z. B. KfW) könnten wir die Eigentumsbildung und den altersgerechten Umbau noch stärker unterstützen.

Die immer wieder diskutierte Abschaffung der Pendlerpauschale würde den Druck auf die Ballungsräume erhöhen und die ländlichen Räume entleeren. Wir halten an der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Fahrten zwischen Wohnort und Arbeitsstätte fest. Wir wollen mehr Arbeitsplätze im ländlichen Raum durch bessere digitale Infrastruktur, moderne Arbeitsformen und innovative Techniken.

## **Selbstbestimmtes Wohnen bis ins hohe Alter**

In unseren Städten und Dörfern leben immer mehr alte Menschen, die pflegebedürftig sind, aber in ihren eigenen vier Wänden bleiben wollen. Für sie müssen verstärkt neue und effiziente Versorgungsmöglichkeiten gefunden werden. Dafür gibt es vielerorts sinnvolle Beispiele: Gerade die Entwicklung von Quartierskonzepten mit lokalen Netzwerken und integrierten Pflegeangeboten ist nicht nur effizient, sondern fördert auch eine Kultur des Miteinanders. Neben Beratung, Hilfeplanung und Pflege werden geeignete Wohnungen sowie barrierefreie Begegnungsmöglichkeiten, Verkehrsanbindungen, Nahversorgung benötigt. Wir wollen die langfristige und flächendeckende Fortführung der Mehrgenerationenhäuser, damit Menschen verschiedenen Alters sich gemeinsam und gegenseitig kümmern und eine aktive Gemeinschaft bilden.

## **Nachhaltig versorgt**

Lebensqualität hängt auch von der Versorgung u.a. mit Trinkwasser, Strom und Wärme, der Entsorgung von Abwasser und Müll zusammen. Es geht um nachhaltige Versorgungssicherheit, Qualitätsbestimmung, Preistransparenz und Sozialverträglichkeit.

Hier kommt der Daseinsvorsorge in kommunaler Hand eine entscheidende Bedeutung zu. Welche Leistungen der Daseinsvorsorge von der Kommune, den Stadtwerken oder kommunalen Unternehmen gewährleistet werden sollen, müssen die Menschen vor Ort selber beschreiben und die unterschiedlichen Interessenlagen zum Ausgleich bringen können. Nicht alles kann über den Preis geregelt werden; schon heute sind die Menschen mit den Neben- bzw. Betriebskosten stark belastet. Aber deutliche Anreize zum Sparen der knappen Ressourcen sind erforderlich: beim Verbrauch in privaten Haushalten und der Wirtschaft, bei der energetischen Sanierung von Gebäuden, bei der Effizienz in der Produktion und bei den hergestellten Produkten.

Für die eingeleitete Energiewende heißt das beispielsweise, dass wir den Energieverbrauch reduzieren und die energetische Ertüchtigung von Gebäuden und Produktionsprozessen erreichen müssen.

Allein auf den Gebäudebereich entfallen rund 40 Prozent des deutschen Energieverbrauchs und etwa ein Drittel der CO<sub>2</sub>-Emissionen. Wir fordern deutliche Anreize zur sinnvollen energetischen Sanierung und zur Steigerung der Energieeffizienz von Gebäuden. Der Ansatz der steuerlichen Begünstigung von energetischen Investitionen ist richtig, zumal die örtliche Wirtschaft und das örtliche Handwerk von den Maßnahmen profitieren.

## **Die medizinische Versorgung in Stadt und Land sichern**

Eine gute medizinische Versorgung gehört zur Lebensqualität in Stadt und Land dazu. Spezielle Probleme gibt es nicht nur im ländlichen Raum, sondern auch am Stadtrand oder

in sozialen Brennpunkten. Wo die flächendeckende Versorgung gefährdet ist, müssen Medizinische Versorgungszentren eingerichtet werden, in denen Mediziner unterschiedlicher Fachrichtungen abwechselnd Sprechstunden abhalten.

Wir setzen uns dafür ein, dass auch Kommunen Medizinische Versorgungszentren einrichten, wenn die Versorgung durch Ärzte nicht sichergestellt werden kann.

### **Vorbeugen ist besser als reparieren**

In vielen Bereichen, beispielsweise im Gesundheitswesen und in der Kinder- und Jugendhilfe, kann Prävention nachhaltig wirken.

Gesundheitsbewusstes Verhalten und gesundheitsförderliche Prozesse müssen in den Familien, den Kinderbetreuungseinrichtungen, den Schulen und den Betrieben sowie den Jobcentern noch stärker unterstützt werden. Kindern, Jugendlichen und Eltern können mehr unbürokratische frühe Hilfen angeboten werden. Wir wollen die Träger der Kinder- und Jugendhilfe mit den Schulen und Jobcentern besser verzahnen und frühzeitiger die Betroffenen unterstützen.

Gezielt müssen wir die Lebenswelten der Langzeiterwerbslosen, Alleinerziehenden mit geringem Einkommen, wohnungslosen Menschen und Personen mit niedrigen Renten in den Blick nehmen.

### **„Zeitwohlstand“ für Familien erhöhen**

Die Leistungsträger in unserer Gesellschaft stehen unter erhöhtem Druck. Die moderne Technik erleichtert nicht nur die Arbeit, sondern erhöht auch die Erwartungshaltung in Hinblick auf ständige Verfügbarkeit und Multitasking. Familien- und Erwerbsleben können zeitlich miteinander besser in Übereinstimmung gebracht werden, wenn es beispielsweise flexible Arbeitsplatz- und Arbeitszeitregelungen, schnelle Verbindungen zwischen Familie und Beruf, passende Öffnungs- und Arbeitszeiten von Ämtern und Dienstleistern, passende und verlässliche Betreuungsangebote für Kinder und Jugendliche gibt.

Mit dem Ausbau der Betreuungseinrichtung für Kleinkinder, der Ausweitung des Angebotes von Ganztagsbetreuung und Ganztagschulen sind wichtige Maßnahmen für Familien erfolgreich auf den Weg gebracht worden. Diese helfen nicht nur den Familien, sondern werden in Zukunft entscheidende Standortvorteile sein.

Die Kommunen sind auf vielfältige Weise aktiv, mit flexibilisierten Öffnungszeiten von Verwaltungen und Kindereinrichtungen Familien zu entlasten. Zukünftig wird es darauf ankommen, noch genauer die konkreten Bedarfslagen von Familien an ihrem Standort zu erfragen und dafür Lösungen zu finden. Es gehören alle an einen Tisch: Vertreter der Kommunalpolitik, Behörden, Träger von Betreuungs- und Bildungseinrichtungen, Unternehmen, Kammern und Gewerkschaften/Betriebsräte, Einzelhändler, Handwerker, Vertreter der Ärzteschaft und aus Krankenhäusern, aus Freizeit-, Kultur- und

Bildungseinrichtungen und nicht zuletzt die örtlichen Verkehrsbetriebe. In der Städtebauförderung müssen wir verstärkt solche Programme entwickeln, die Kommunen, freie Träger und die Wirtschaft beim Ausbau der Familienfreundlichkeit unterstützen. Dabei können vorhandene Programme wie z.B. „Lokale Bündnisse für Familien“ integriert werden.

### **Lebensqualität durch Selbstbestimmung**

Die Selbstverwaltung in unseren Gemeinden, Städten und Landkreisen ist das Erfolgsrezept unseres Landes. Dies hat sich gerade in den letzten Finanz- und Wirtschaftskrisen gezeigt. Was vor Ort und in Eigenverantwortung geregelt wird, wirkt eher nachhaltig als zentrale Entscheidungen. Hier werden die örtlichen Besonderheiten berücksichtigt und passgenaue Lösungen entwickelt. Die Wirkungen auf zukünftige Generationen werden eher einbezogen.

Funktionierende kommunale Selbstverwaltung braucht eine aufgabenadäquate und auskömmliche Finanzausstattung durch die Länder. Die Ausgaben für das soziale Sicherungssystem sind in der Vergangenheit deutlich gestiegen. Immer mehr Kommunen sind überfordert und werden aus eigener Kraft die Lasten nicht tragen können. Wenn Kommunen mehr ausgeben als sie einnehmen, fehlt Geld in der Kasse, das durch sog. Kassenkredite beschafft wird. Insbesondere große Städte in NRW und Rheinland-Pfalz sind davon betroffen und werden von diesen Ländern im Stich gelassen. Die ab 2020 wirkenden Schuldenbremsen der Länder dürfen nicht zu einer Verlagerung von Lasten und Defiziten auf die Kommunen führen.

Die kommunalen Kassenkredite sollen vollumfänglich als Schulden der Länder gerechnet werden. In die grundgesetzlich verankerte Schuldenbremse sind so die Kommunen einzubeziehen.

### **Förderpolitik neu ausrichten**

Mit Förderprogrammen wie z.B. der Städtebauförderung, können wichtige Impulse für die nachhaltige Weiterentwicklung unseres Gemeinwesens gesetzt werden. Aber Förderprogramme dürfen nicht als „Goldener Zügel“ die knappen Ressourcen einseitig in eine Richtung lenken. Problematisch sind in bedürftigen bzw. hochverschuldeten Kommunen die Eigenanteile. Die zukünftige Förderpolitik von EU, Bund und Ländern muss sich verstärkt auf einzelne modellhafte Projekte (Pilotprojekte) konzentrieren und von vornherein die Anschlussfinanzierung sicherstellen. Flächendeckende Förderprogramme sind so anzulegen, dass nicht nur die gesamte Laufzeit eines Projektes geplant und finanziell abgesichert ist, sondern auch die Zeit nach der Projektförderung bereits von Anfang an berücksichtigt wird.

## **Gleichwertige Lebensverhältnisse durch Flexibilisierung**

Der Grundsatz gleichwertiger Lebensverhältnisse in Stadt und Land gilt. Jede Gemeinde und jede Region muss ihre spezifischen Stärken ausbauen. Lebensqualität auf dem Land ist eine andere als in der Stadt, im Ballungsraum eine andere als in dünnbesiedelten Regionen. Jeder Raum muss seine eigenen Antworten, Lösungen und Leitbilder entwickeln. Dafür braucht es mehr Flexibilisierung und den Mut, von den eröffneten Möglichkeiten zur Flexibilisierung stärker Gebrauch zu machen und insbesondere den Kommunen größere Handlungsspielräume einzuräumen.

## **Investitionen mit Zukunft**

Die vorhandene Infrastruktur in Deutschland weist erheblichen Instandhaltungsstau auf. Die Infrastruktur muss an den demografischen Wandel angepasst, neue Infrastruktur aufgebaut werden. Beispiele dafür sind intelligente Straßen, Elektromobilität, Smart-Grids, Strom- und Wärmenetze, Breitband- und WLAN-Ausbau. Für diese Herausforderungen müssen Bund, Länder und Kommunen deutliche finanzielle Prioritäten setzen.

Wir wollen den Weg der Haushaltskonsolidierung konsequent fortzusetzen, um freiwerdende finanzielle Mittel zur Ertüchtigung der Infrastruktur einzusetzen. Durch die Umwidmung des Solidaritätszuschlags und die Einbeziehung privaten Kapitals könnten weitere Investitionsmittel aufgebracht werden.

## **Menschen Heimat geben**

Wer seinen Wohnort wechselt, ob beispielsweise aus familiären, beruflichen oder wirtschaftlichen Gründen, muss eine neue Gemeinschaft finden, will willkommen geheißen werden. Viele Menschen aus Europa und der Welt kommen zu uns und bleiben. Für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft ist es wichtig, diese Menschen ebenfalls willkommen zu heißen und sicher zu stellen, dass sie integriert werden. Unabdingbare Voraussetzung dafür ist die gemeinsame Sprache und der Respekt und die Anerkennung unserer gesamten Rechtsordnung und unserer Grundwerte, insbesondere der Gleichberechtigung von Mann und Frau.

Die aktuelle Asyl- und Flüchtlingspolitik muss darauf ausgerichtet sein, dass es uns wirklich gelingt, verfolgten Menschen Schutz und Sicherheit zu gewähren, den derzeitigen Flüchtlingsstrom zu drosseln, und die Menschen, die bei uns bleiben, richtig zu integrieren.

## **Gute Nachbarschaft für neue Nähe**

Familien leisten nach wie vor den größten Beitrag für Zusammenhalt und gegenseitige Unterstützung innerhalb unserer Gesellschaft. Viele Familien leben heute oft weit verstreut und können weniger auf die Hilfe durch Familienangehörige bauen. In unserer Gesellschaft führen immer mehr Menschen ein Single-Leben, wachsen als Einzelkind auf

und werden später ohne enge Verwandte sein. Menschen über 70 sind im Schnitt rund 17 Stunden am Tag allein. Die intensive und universelle Nutzung von Medien, Internet, Mobiltelefonen und Tablets verändert die Kommunikation und lässt auch jüngere Menschen physisch vereinsamen. Mobilität und Um- bzw. Zuzüge verändern nachbarschaftliche Strukturen. Gute Nachbarschaft ist eine Ressource, von der jeder Einzelne direkt profitieren kann. Vereinzelt gründen Menschen Initiativen und neue Netzwerke unter Nachbarn und Kommunen beschäftigen „Kümmerer“. Kommunen, Wohnungsbaugesellschaften, freie Träger, Kirchen können solche Initiativen in den Gemeinden, in Wohnanlagen und Quartieren besser unterstützen.

### **Natur und Umwelt bewahren**

Während der letzten 60 Jahre hat sich die Siedlungs- und Verkehrsfläche in Deutschland mehr als verdoppelt. Im Jahr 2012 wurde täglich eine Fläche von 74 Hektar als neue Siedlungs- und Verkehrsfläche in Anspruch genommen. Dies geht zu Lasten der Natur, des Ökosystems und der Landwirtschaft. Renaturierung und Rekultivierung, Brachflächenmanagement und eine zurückhaltende Ausweisung neuer Flächen bei gleichzeitiger Stärkung der Innenentwicklung sind wichtige Schritte zur Erreichung des Ziels, die Flächenneuanspruchnahme auf 30 ha pro Tag bis 2020 zu reduzieren.

Wir fordern deshalb, wirtschaftliche Anreize zur Reduzierung der Flächeninanspruchnahme zu entwickeln und zu prüfen, in wie weit handelbare Flächenzertifikate oder Änderungen in den kommunalen Finanzausgleichen zum Erfolg führen.

### **Lebensqualität braucht Sicherheit**

Anonymität schafft Raum für Kriminalität. Eine intakte Nachbarschaft schützt oft vor Einbrüchen, Diebstahl und Raub. Eine Kultur des Hinschauens und der Wachsamkeit, des Sich-Kümmerns, wirkt präventiv.

Dort, wo Hausgemeinschaften sich darauf verständigen, und an gefährdeten öffentlichen Orten und Plätzen kann Videoüberwachung zur Prävention und Aufklärung von Straftaten beitragen. Dabei muss der Datenschutz gewährleistet werden.

Die „Öffentliche Ordnung“ muss neu mit Leben erfüllt werden. Eine verstärkte Präsenz von Ordnungsämtern und Polizei trägt dazu bei, das subjektive Sicherheitsempfinden der Menschen zu verbessern, Vandalismus zu verhindern und der Verwahrlosung des öffentlichen Raums entgegenzuwirken. Deshalb brauchen wir die Polizeidienststellen auch im ländlichen Raum.

### **Teilhabe und Beschäftigung verbreitern**

Trotz der guten konjunkturellen Lage und der positiven Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt sind mehr als 435.000 Menschen in Deutschland so „arbeitsmarktfern“, dass ihre Chancen



auf einen regulären Arbeitsplatz gegen Null gehen. Zusammen mit ihnen leben mehr als 300.000 Kinder. Diese Menschen brauchen Beschäftigung, Ermutigung, Qualifizierung und eine verlässliche längerfristige Unterstützung. Dies führt zu einer besseren gesellschaftlichen Stabilisierung und Teilhabe auch der Familien. Wir müssen die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen überprüfen und für diejenigen, die nicht in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden können, öffentliche Beschäftigung ausbauen. Tätigkeiten im Rahmen von öffentlicher Beschäftigung müssen gemeinwohlorientiert, wettbewerbsneutral, möglichst wohnungsnah sein und im öffentlichen Interesse liegen.

Für Menschen mit Behinderungen sind die Voraussetzungen für Teilhabe die persönliche Disposition, die gezielte Förderung und die Öffnung aller Bereiche der Gesellschaft und der Arbeitswelt. Für viele Menschen sind Werkstätten wichtig, weil sie dort Teilhabe am Arbeitsleben erfahren. Werkstätten haben den Auftrag, zu bilden und zu fördern. Darüber hinaus sollen sie soziale und kulturelle Teilhabe ermöglichen. Die Anerkennung der Arbeitsleistung, ideell und materiell, ist dabei von großer Bedeutung.

### **Aktivierende Bürgergesellschaft**

Die kommunale Selbstverwaltung ermöglicht eine umfassende und frühzeitige Beteiligung der Menschen vor Ort. Die repräsentative Demokratie vor Ort ist flächendeckend durch plebiszitäre Elemente wie zum Beispiel Bürgerbegehren, Bürgerentscheide und Direktwahlen ergänzt worden. Die Kommunalpolitik muss möglichst viele Menschen in die Meinungsbildung vor Ort einbeziehen und mit ihnen den Dialog suchen.

Frühzeitige, systematische Bürgerbeteiligung kann die Wissensbasis erweitern, Expertengutachten können so den Praxistest bestehen. Rechtzeitige Beteiligung ermöglicht es, Interessenkonflikte sichtbar zu machen und öffentlich abzuwägen. Professionelle Bürgerbeteiligung kann einen gleichberechtigten und moderierten Dialog zwischen den widerstrebenden Interessen herstellen und zu einem Ausgleich führen. Bürgerbeteiligung kann auch diejenigen aktivieren, die als „schweigende Mehrheit“ sonst nicht zu Wort kommen. Wir setzen auf eine frühzeitige Bürgerbeteiligung als Methode der Politik vor Ort gerade in den Fraktionen. Die notwendige organisatorische und finanzielle Unterstützung von Seiten der Kommunalverwaltungen ist dazu bereitstellen.

Das ehrenamtliche Engagement in unseren Kommunen ist vielschichtig und keinesfalls immer an organisierte Strukturen gebunden. Neben dem „klassischen Ehrenamt“ in Vereinen, Kirchen, Sozialverbänden, Kommunalpolitik oder der Feuerwehr, engagieren sich viele Menschen ehrenamtlich: Sei es in Bürgerinitiativen, Stadtteilprojekten, Kita- und Schulpflegschaften, als Jugendbegleiter, Lese- oder Jobpaten, bei Besuchsdiensten in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen, im Rahmen der Mehrgenerationenarbeit oder der Nachbarschaftshilfe. Wir wollen das bürgerschaftliche Engagement stärken, die Bereitschaft dazu erhöhen und neue vielfältige Möglichkeiten zum Engagement eröffnen. Hierdurch kann zugleich der Zugang zur Wahrnehmung kommunaler Mandatsträgertätigkeit erleichtert werden. Wir wollen den Bundesfreiwilligendienst

weiter ausbauen, um das Ehrenamt zu stärken, gegebenenfalls zu entlasten und auch für Asylberechtigte und Flüchtlinge zu öffnen.

### **Interkommunale Zusammenarbeit**

Den demografischen Wandel wollen wir gestalten, hier können interkommunale Kooperationen helfen. Auch bei der Herausforderung, Städte mit den umliegenden Gemeinden oder Kreisen besser zu vernetzen, kommt der Interkommunalen Zusammenarbeit immer größere Bedeutung zu. Überlegungen zur Zusammenarbeit können auch über Kreis- und Landesgrenzen sinnvoll sein.

Wir wollen größere Anreize für die Zusammenarbeit von Kommunen schaffen und bestehende Hemmnisse beseitigen. Deshalb haben wir Beistandsleistungen von Kommunen von der Umsatzsteuer frei gestellt.

### **Mobilität nachhaltig gestalten**

Nachhaltige Mobilitätskonzepte verknüpfen die verschiedenen Verkehrssysteme – Bahn, Bus, Zweirad und Auto – besser miteinander. Ob im Personen- und Güterverkehr: Ziel muss es sein, weniger Treibhausgase, weniger Schadstoffe, weniger Feinstaub und weniger Lärm zu produzieren. Moderne Informationstechnik eröffnet neue Möglichkeiten zur Verkehrslenkung und Verkehrsoptimierung, somit zur Klima-, Umwelt- und Ressourcenschonung.

Im ländlichen Raum und in den kleineren Städten leben zwei Drittel der Bevölkerung. Die Menschen sind dort auf ihr Auto und ein intaktes Straßennetz angewiesen, wenn nicht funktionierende und passgenaue Angebote des Personennahverkehrs entwickelt werden. In Stadt und Land kann der Anteil des Fahrradverkehrs als attraktive und umweltfreundliche Alternative zum Auto weiter gesteigert werden. Sichere, komfortable Radwege oder Fahrstreifen, genügend Abstellmöglichkeiten an Umsteigeplätzen wie Bahnhöfen und touristischen Attraktionen sowie die Bereitstellung von Mieträdern sind wichtige Ansatzpunkte.

Lösungen, die mehr anlassbezogen und stärker individuell bzw. auf die Bedürfnisse bestimmter Nutzergruppen zugeschnitten sind (z.B. kombinierte Schülerbeförderung, Bürgerbusse, Anruf-Sammel-Taxis, Carsharing), müssen vor Ort erarbeitet werden. Mobilitäts-Apps können Mitfahrten organisieren. Darüber hinaus muss die Wirtschaft erschwingliche emissionsarme Antriebssysteme, z.B. Hybrid- und Elektroantriebe, auf den Markt bringen.

Der öffentliche Personennahverkehr ist unverzichtbar und gerade schienengebundener Nahverkehr muss langfristig geplant und finanziert werden.

Seit 2007 erhalten die Länder Mittel aus dem Bundeshaushalt in Höhe von jährlich 1,3 Mrd. Euro zur Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur in den Gemeinden. Ab 2014 ist die

verkehrliche Zweckbindung weggefallen. Die Länder sind in der Verantwortung, die nötigen finanziellen Mittel bereitzustellen, um die gemeindliche Infrastruktur nachhaltig zu erneuern und auszubauen. Wir müssen die Elektromobilität durch die notwendige Infrastruktur und technische Innovationen weiter entwickeln und zum Erfolg führen.

Wir begrüßen in diesem Zusammenhang, dass die Zuschüsse des Bundes für den öffentlichen Nahverkehr ab 2016 auf acht Milliarden Euro und danach jährlich um 1,8 Prozent erhöht werden. Mit diesen sog. Regionalisierungsmitteln wird der nachhaltige Ausbau der S-Bahn- und Regionalzugverkehre ermöglicht.

### **Am Gemeinwohl orientiert**

Wir orientieren uns seit je her am Wohl der Allgemeinheit: wir engagieren uns für eine intakte Umwelt und die Bewahrung der Schöpfung. Wir schützen die natürlichen und kulturellen Lebensgrundlagen. Wir stärken den Zusammenhalt der Gesellschaft und der Generationen. Für uns gehört alles zusammen: Stadt. Land. Nachhaltig.